

zum Kreistag am 25.07.2016, TOP 5

**Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.**

**Landkreis Ebersberg**

Ebersberg, 13.07.2016

Az. F / HH 2017 /

Zuständig: Brigitte Keller, ☎ 08092-823-211

**Eckwerte**

## **Vorgesehene Beratungsreihenfolge**

Kreistag am 25.07.2016, Ö

## **Haushalt 2017, Finanzrahmen für die Fachausschüsse (Eckwerte)**

### **Sitzungsvorlage 2015/2581**

#### I. Sachverhalt:

Mit den Beratungen über die Eckwerte 2017 stellt der Kreistag die Weichen für die Haushaltsplanung des nächsten Jahres. Der Kreistag hat im Februar 2016 die Finanzleitlinie des Landkreises Ebersberg einstimmig neu in Kraft gesetzt. Sie sind bereits seit 2012 der Rahmen einer soliden und dennoch auf die Anforderungen der Zukunft ausgerichteten Finanzpolitik des Kreistages. Die Leitlinien stellen sicher, dass auch künftige Generationen handlungsfähig bleiben und politische Gestaltungsspielräume behalten. Die Leitlinien stellen genauso sicher, dass die kreisangehörigen Städte und Gemeinden nicht mit einer übermäßigen Abgabenbelastung aus der Kreisumlage überfordert werden. Der kommende Haushalt muss aber auch die notwendigen Weichen stellen, damit auch in Zukunft Investitionen geleistet werden können.

Die Finanzleitlinie des Kreistages setzt die folgenden fünf Eckpunkte (Warnindikatoren) für den Kreishaushalt:

1. Langfristiger **Abbau der Verschuldung**, d.h. bis 2035 beträgt die Verschuldung höchstens 20 % des Gesamtbetrags der Aufwendungen.
2. Der jährliche **Ergebnisüberschuss** beträgt mindestens 4 % der Verschuldung, mindestens jedoch 2 Mio €.
3. Der **Schuldendienst** (Zins und Tilgung) darf nicht mehr als 6,8 Mio € betragen.
4. Der **Schuldenstand** darf 65 % des Gesamtbetrags der jährlichen Aufwendungen des Ergebnishaushalts nicht überschreiten.
5. Bei **Investitionen** dürfen höchstens 75 % der Nettoaufwendungen über Darlehen finanziert werden.

Diese Eckpunkte sind handlungsleitend für die Finanzpolitik des Landkreises. Die sogenannten Warnindikatoren entwickelten sich gut. Allerdings sind die Kriterien Abbau der Verschuldung und der Schuldendienst mittelfristig gefährdet. Gleichwohl hat der Kreistag noch keine Entscheidungen getroffen, die die Einhaltung unmöglich machen würde. Die nachfolgenden

Überlegungen zur Festsetzung der Eckwerte 2017 berücksichtigen die mittelfristigen Investitionsüberlegungen des Kreistags in dem die Ergebnisüberschüsse gesteigert werden.

### **1. Vorbemerkung Investitionen:**

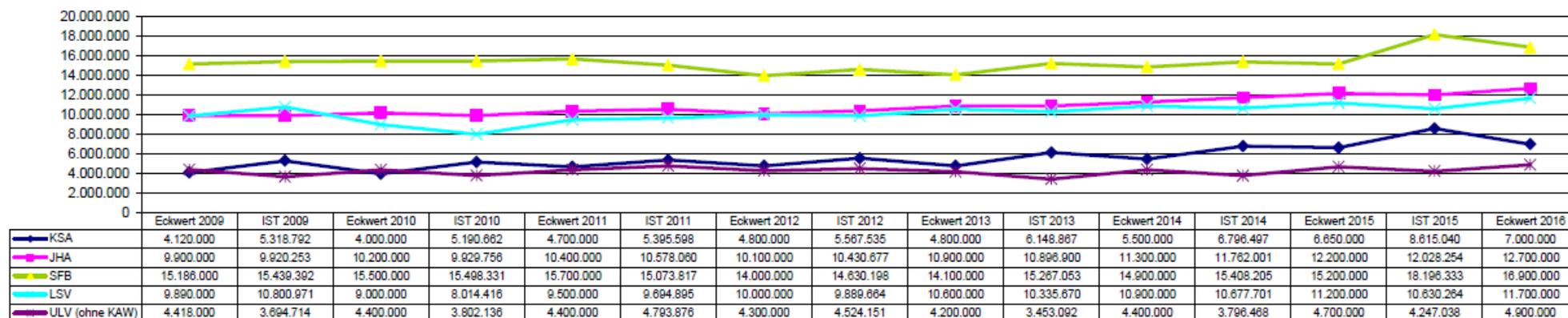
Bezüglich der **Investitionen** ist festgelegt, alle Investitionen die **neu** und größer als 200.000 € sind, auf die **Warteliste** zu setzen. Alle Investitionen der Warteliste werden dem Kreis- und Strategieausschuss am 10. Oktober 2016 und dem Kreistag am 24. Oktober 2016 vorgelegt. Dort wird entschieden, welche Investitionen in die Haushalts- und Finanzplanung 2017 ff aufgenommen werden. Dieses Verfahren hat den Vorteil, dass nicht die Investitionen die „am ersten genannt werden“ sondern alle Investitionen auf Dringlichkeit geprüft werden können und damit nach ihrer Priorität in den Kreishaushalt einfließen.

**Hinweis zu den Investitionen: Die planmäßige Verschuldung sollte sich – ausgehend vom Jahr 2012 auf rd. 78 Mio € erhöhen. Weil die Kreditaufnahmen durch die sehr gute Konjunktur in den letzten 5 Jahren so nicht erfolgten, konnte die Prognose im Haushalt 2016 auf einen Höchststand der Verschuldung in Höhe von 54,9 Mio € zum 31.12.2016 nach unten korrigiert werden. In der Finanzplanung sind allerdings ab 2017 keine weiteren Kredite ausgewiesen – dies wird sich nicht realisieren lassen!**

### **2. Entwicklung der Eckwerte aus den Vorjahren:**

Mit den Beratungen im Kreis- und Strategieausschuss am 11.07.2016 startet die Haushaltsplanung 2017 mit der Finanzplanung bis 2020. Über die Eckwerte wird in einem frühen Planungsstadium, nämlich vor Beginn der Planungsphase der Sachgebiete versucht, den Planungsprozess zu steuern.

Rückblickend auf die Vorjahre stellt sich dieser Prozess im Vergleich von Eckwerteplanung zu tatsächlichen IST-Ergebnissen wie folgt dar:



Die **Eckwerte** entwickelten sich in den letzten 8 Jahren wie folgt:

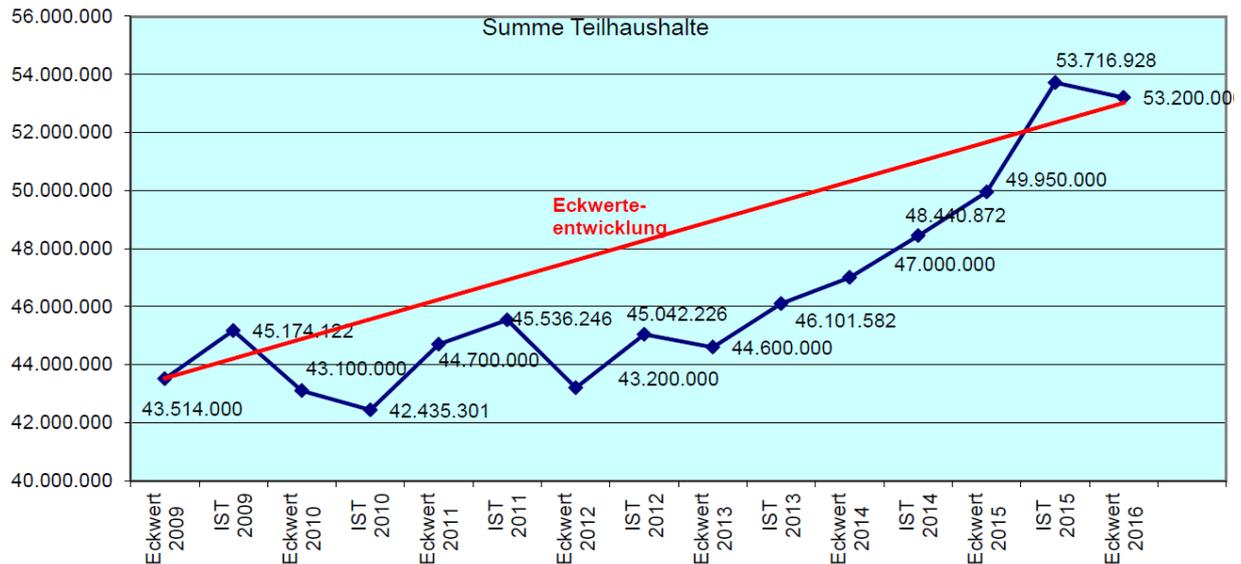
Ausschuss	Eckwert 2009	Eckwert 2016	Veränderung in €	Veränderung in %
KSA	4.120.000	7.000.000	+ 2.880.000	+ 70 %
JHA	9.900.000	12.700.000	+ 2.800.000	+ 28 %
SFB	15.186.000	16.900.000	+ 1.714.000	+ 11 %
LSV	9.890.000	11.700.000	+ 1.810.000	+ 18 %
ULV	4.418.000	4.900.000	+ 482.000	+ 11 %

Die **IST-Ergebnisse** entwickelten sich in den letzten 7 Jahren wie folgt:

Ausschuss	IST 2009	IST 2015	Veränderung in €	Veränderung in %
KSA	5.318.792	8.615.040	+ 3.296.248	+ 62 %
JHA	9.920.253	12.028.254	+ 2.108.001	+ 21 %
SFB	15.439.392	18.196.333	+ 2.756.941	+ 18 %
LSV	10.800.971	10.630.264	- 170.707	- 1,6 %
ULV	3.694.714	4.247.038	+ 552.324	+ 15 %

Die höchsten Steigerungen gab es im KSA – ursächlich ist die Kreisklinik, zunächst die langjährigen Korrekturen bezüglich der AfA und zuletzt die Überweisung von 1,7 Mio € zusätzlicher Schlüsselzuweisungen. Im LSV wurde 2015 weniger Geld abgewickelt als 2009!

Die Entwicklung der **Summe der Teilbudgets (Summe der Eckwerte)** stellt sich wie folgt dar:



Die Eckwerte stiegen von 2009 bis 2016, also innerhalb eines Zeitraumes von 8 Jahren insgesamt um 9.686.000 €, das sind 22 % in 8 Jahren bzw. **2,75 % pro Jahr im Durchschnitt**. Die IST-Ergebnisse stiegen im gleichen Zeitraum um 8.542.806 € bzw. 19 % bzw. **2,38 % pro Jahr im Durchschnitt**. Daraus wird deutlich, dass Eckwerte eine „bremsende“ Funktion auf die ihr folgende Haushaltsplanung ausüben.

Im gleichen Zeitraum, also in den letzten 8 Jahren, stiegen die Einnahmen aus der **Kreisumlage** um 29 % (16,6 Mio €). Die Ausgaben für die **Bezirkumlage** stiegen im gleichen Zeitraum um 7,3 Mio € bzw. 33,6 %. Weil die Bezirkumlage direkt aus der Kreisumlage weitergeleitet werden muss, blieb unter dem Strich von der Steigerung der Kreisumlage in den letzten 8 Jahren gerade mal ein Betrag in Höhe von 9,3 Mio € zur eigenen Aufgabenerfüllung zur Verfügung, das sind pro Jahr 1,16 Mio €.

Die Kreisumlage liegt um 2,5 Punkte unter der des Jahres 2009. Im Jahr 2009 stand der Landkreis noch auf Platz 14 der Kreisumlagen, 2016 liegt er auf Platz 8 in Oberbayern und damit schon nahe des unteren Drittels. Der Hebesatz der Kreisumlage wurde 2016 gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Punkte reduziert und beträgt 49,5 Punkte.

Diese Entwicklung zeigt, dass sich das seit 2009 praktizierte Verfahren der Eckwertesteuerung sehr positiv im Hinblick auf die Entwicklung der Finanzen ausgewirkt hat.

### 3. Eckwerteverfahren 2017 – Vorbereitungen der Verwaltung:

Nachfolgend werden die Schritte dargestellt die zum Eckwertevorschlag führen:

- Die Sachgebiete geben zum 31.5. eine Prognose des Jahresergebnisses ab (sog. Zwischenbericht).
- In diesem Zwischenbericht schätzen die Sachgebiete die benötigte Finanzmasse des folgenden Jahres unter Einbeziehung aller Kenntnisse, die sie zu diesem Zeitpunkt, also Anfang Juni haben, ein.

- Das Finanzmanagement bewertet die Einschätzungen der Sachgebiete aus der eigenen Erfahrung, also der Entwicklung der Vorjahre, die Treffsicherheit der Prognosen der Vorjahre und aus der Gesamtsituation des Haushalts.
- Daraus entsteht diese Sitzungsvorlage.

Wie in den Vorjahren werden die Sachgebiets- und Abteilungsleitungen für Liegenschaften, Soziales und Jugendamt entsprechend informiert und um Anwesenheit in der Sitzung gebeten.

#### 4. Eckwerte 2017 (Finanzrahmen für die Fachausschüsse):

Zum Begriff des Eckwertes: Der Eckwert gibt jedem Fachausschuss einen Finanzrahmen vor, ihn auszufüllen, obliegt dem Fachausschuss.

##### 4.1. Entwicklung der Umlagekraft (Kreisumlage, Bezirksumlage) – Planungsgrundlagen für 2017

Die Verwaltung hat die Umlagekraft des Landkreises für 2017 vorausberechnet, eine genaue Berechnung wird vom Bayer. Statistischen Landesamt erst im Oktober vorgelegt. Die Genauigkeit dieser Vorausberechnungen lag in den Vorjahren zwischen 1% und 4 % Abweichung.

Entwicklung der Prognosen für die **Kreisumlage**:

	Tatsächlicher Wert eines Punktes	Vorausschätzung der Verwaltung im April	Abweichung Schätzung – tatsächliche Festsetzung
2009	<b>1.102.588</b>	noch nicht erfolgt	
2010	<b>1.226.520</b>	<b>1.216.045</b>	10.473 € bzw. 0,86 %
2011	<b>1.182.075</b>	<b>1.176.437</b>	5.620 € bzw. 0,48 %
2012	<b>1.109.379</b>	<b>1.154.337</b>	44.958 € bzw. 4,05 %
2013	<b>1.216.238</b>	<b>EK + 1 %: 1.194.042</b> <b>EK + 5 %: 1.219.957</b>	genau im geschätzten Korridor
2014	<b>1.326.374</b>	<b>EK + 2 %: 1.282.243</b> <b>EK + 5 %: 1.302.542</b>	23.832 € über dem geschätzten Korridor
2015	<b>1.312.561</b>	<b>EK + 6 %: 1.260.574</b> <b>EK + 8 %: 1.274.236</b>	38.325 € über dem geschätzten Korridor
2016	<b>1.493.757</b>	<b>EK + 2 %: 1.409.578</b> <b>EK + 4 %: 1.425.337</b>	68.420 € über dem geschätzten Korridor
2017	<b>wird voraussichtlich im Oktober mitgeteilt</b>	<b>EK + 4 %: 1.557.972</b> <b>EK + 6 %: 1.574.712</b>	

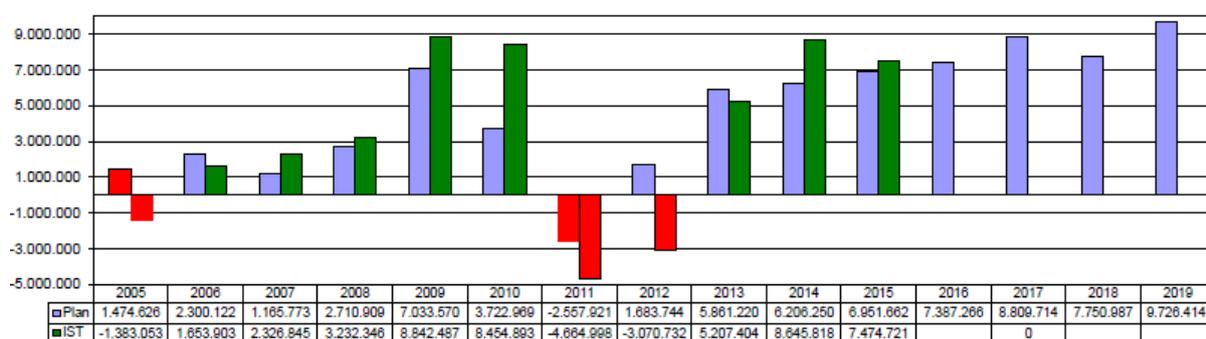
2017 hat das Finanzmanagement (wie im Vorjahr) mit zwei Optionen bei der einzigen „Unbekannten“, der Einkommenssteuer, gerechnet. Auf der Basis von 49,5 Punkten Kreisumlage ist **mit einer höheren Kreisumlage zwischen 3,2 Mio € und 4,0 Mio €** zu rechnen.

Zur Bezirksumlagenentwicklung gibt es derzeit keine Informationen. Ein erstes Gespräch mit dem Bezirkstagspräsidenten findet am 26.07.2016 statt. Wegen der Umlagekraftsteigerung geht das Finanzmanagement davon aus, dass von einer Anhebung der Bezirksumlage nicht unbedingt ausgegangen werden muss. Bei unveränderter Bezirksumlage rechnet der Landkreis derzeit mit einer **Mehrbelastung von 1,2 Mio € bis 1,6 Mio €**.

Auch 2017 wird dem Landkreis wieder **mehr** Geld zur Verfügung stehen und zwar **zwischen 2,0 Mio € und 2,4 Mio €**, je nach Berechnungsmethode und bereits unter Berücksichtigung der Bezirksumlage.

Die vorausschauende antizyklische Fiskalpolitik des Kreistages wird in der nachfolgenden Grafik sichtbar. Genau zum Zeitpunkt des Höhepunktes der Finanzkrise des Jahres 2009 (Zeitverzug beim Landkreis bezüglich der Auswirkungen: 2 Jahre) und schlechter Steuereinnahmen der Gemeinden ist der Landkreis in eine Defizitfinanzierung gegangen. Seit 2013 erwirtschaftet er wieder deutliche Ergebnisüberschüsse. Das ist auch notwendig, denn der Landkreis verfügt über keinerlei Rücklagen!

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht dies:

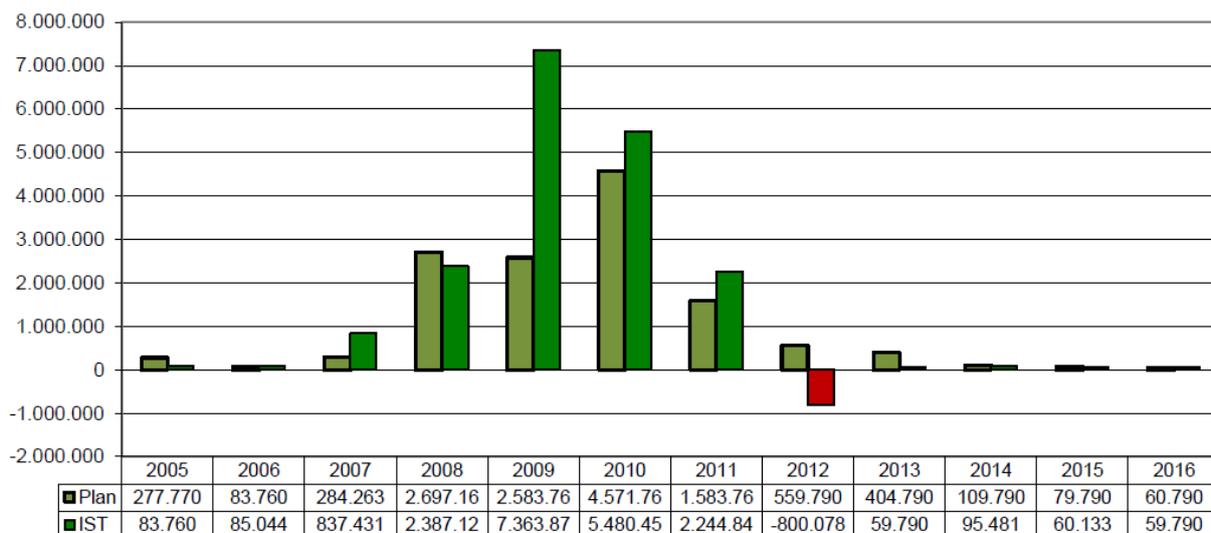


2005, 2011 und 2012 wurden Ergebnisdefizite erwirtschaftet. Seit 2013 wurden wieder durchgängig deutliche Ergebnisüberschüsse erwirtschaftet. Im Ergebnis konnten die Kreditaufnahmen hinter den Ermächtigungen zurückbleiben. Die Verschuldung entwickelte sich spürbar abgemildert. Damit wird der **direkte Zusammenhang** zwischen Ergebnisüberschüssen und Verschuldung sichtbar.

**Das Finanzmanagement empfiehlt auch für 2017 dringend deutliche Ergebnisüberschüsse zur Stabilisierung der Gesamtsituation der Kreisfinanzen und zur Sicherstellung der Einhaltung der vom Kreistag beschlossenen Finanzleitlinie.**

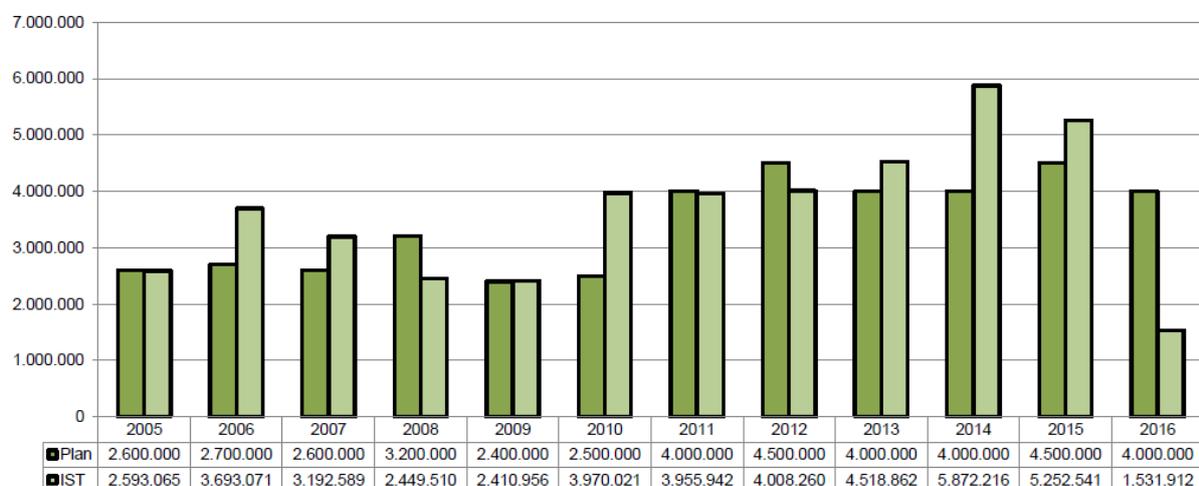
#### 4.2. Steuern (Grund-, Gewerbe-, Grunderwerbssteuer) – Planungsgrundlagen für 2017

Die **Steuern** (Grund- und Gewerbesteuer) des Landkreises haben sich wie folgt entwickelt:



Hier erkennt man, dass die Steuern in erheblichem Maße für die positiven Überschüsse der Jahre 2009 und 2010 verantwortlich waren. 2012 führte eine Gewerbesteuerrückzahlung dazu, dass das Landkreisergebnis „verhagelt“ wurde. Seit 2013 spielen diese Erträge im Kreishaushalt eine untergeordnete Rolle. Voraussichtlich wird sich dies auch 2017 nicht ändern, so dass hier von keiner Planveränderung zum Vorjahr ausgegangen wird.

Die **Grunderwerbssteuer** hat sich wie folgt entwickelt:



Die Grunderwerbssteuer liegt zum Stand Juni 2016 um rund 700.000 € **unter** dem gleichen Stand des Vorjahres. Der Planansatz wurde aber vorsorglich bereits um 500.000 € reduziert. Die Planeinhaltung ist möglich.

## 5. Gesamtentwicklung des aktuellen Haushalts 2016

Der Haushalt 2016 entwickelt sich in einigen Budgets abweichend. Das Teilbudget des Jugendhilfeausschusses wird nach den Analysen um **bis zu 1,5 Mio € unterschritten** werden. Das Teilbudget des SFB-Ausschusses kann trotz Prognosen der Sachgebiete, die eine **Überschreitung um 150.000 €** prognostizieren, eingehalten werden. Abhängig ist das von der Entwicklung Asyl. Das Teilbudget des LSV-Ausschusses kann eingehalten werden, ebenso das

des Kreis- und Strategieausschusses. Das Teilbudget des ULV ist noch nicht ausgewertet. Der geplante Ergebnisüberschuss des Jahres 2016 in Höhe von 7,3 Mio € wird voraussichtlich übertroffen werden.

## 6. Zusammenfassung und Abwägung:

Die vorstehenden Ausführungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Kreisumlage	<b>zwischen 3,2 Mio € und 4,0 Mio € mehr</b>	Je nach Steigerung der Einkommenssteuer
Bezirksumlage	<b>1,2 Mio € bis 1,6 Mio € mehr</b>	Auf der Basis einer unveränderten Bezirksumlage
Steuern	<b>unverändert</b>	Gleichbleibende Grunderwerbssteuer
Schlüsselzuweisungen	<b>unverändert</b>	Ob und wie sich die Schlüsselmasse des Freistaats Bayern verändert ist derzeit noch nicht bekannt

Wegen der steigenden Umlagekraft geht das Finanzmanagement davon aus, dass sich die verfügbare Finanzmasse bei unveränderter Kreisumlage und unveränderter Bezirksumlage **bis zu 2,5 Mio € steigend** entwickeln wird.

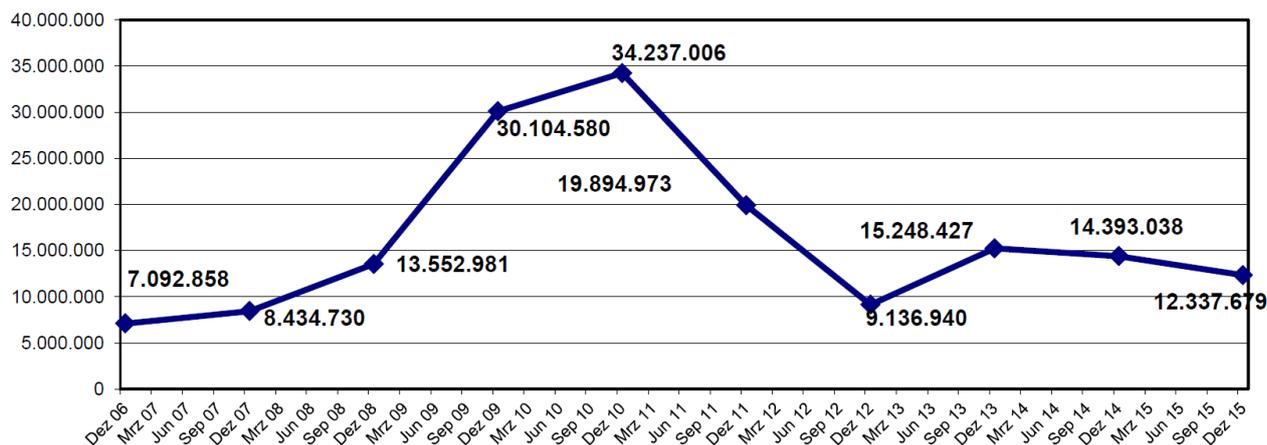
**Zur Vermeidung einer steigenden Kreisumlage dürfen die Teilbudgets um max. 2,5 Mio € steigen – das wären 4,7 %. Der Landrat hat bereits im Vorfeld die Steigerung auf maximal 2,5 % begrenzt.**

Durch die positive Entwicklung bei der Verschuldung läuft der Kreishaushalt auch 2017 nicht Gefahr die Finanzleitlinie zu verletzen. Ein Abbau der Verschuldung, die zum 31.12.2016 54,9 Mio € betragen wird, wird in den nächsten Jahren nicht gelingen.

Schon heute ist klar, dass die Beschlusslage des Kreistages im Haushalt 2016, ab 2017 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen, **mit Sicherheit nicht** gelingen wird. Der Landkreis wird auch in den nächsten Jahren auf Kreditaufnahmen angewiesen sein.

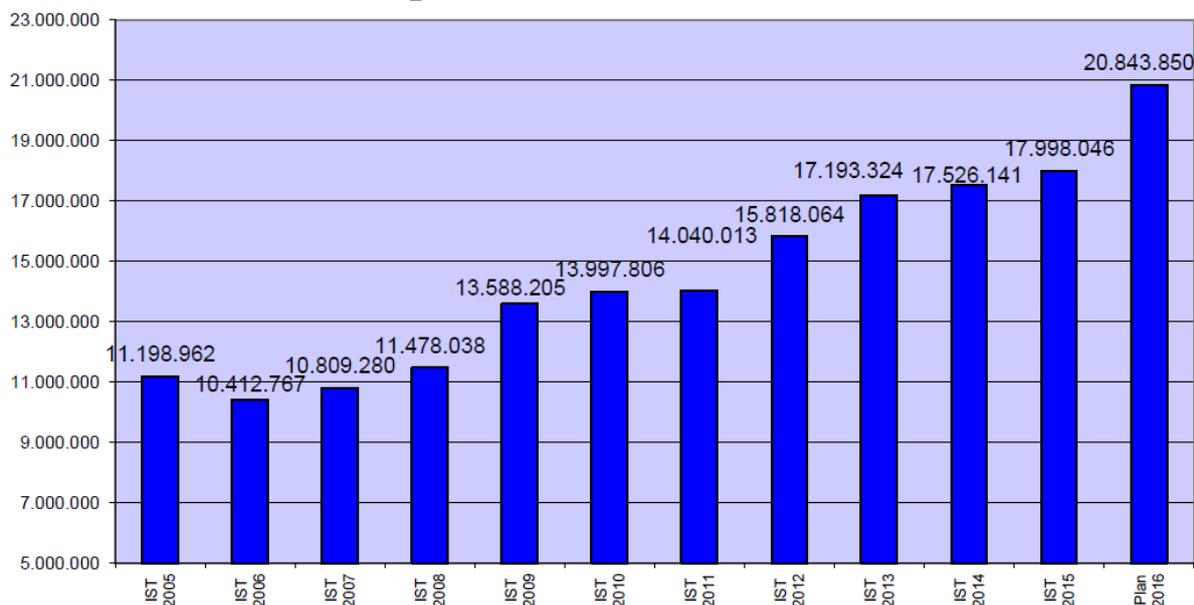
**Das Finanzmanagement empfiehlt einen Ergebnisüberschuss in Höhe von 8 - 9 Mio € - das entspricht der Finanzplanung 2017 und eröffnet im Umfang von 2,5 Mio € die Möglichkeit, die Teilbudgets anzuheben. Nachdem diese Prämissen nicht ausgeschöpft werden sollen, ist 2017 eine Erhöhung der Kreisumlage nicht zu befürchten.**

Nachfolgend die Entwicklung der **Liquidität**:



Seit dem Jahr 2012 verfügt der Landkreis über keine Liquiditätsreserven mehr. Kurzfristig werden immer wieder die Mittel der Kommunalen Abfallwirtschaft herangezogen, zuletzt vom 15.01.2016 bis 08.06.2016. Die Kreditermächtigung 2016 über 4 Mio € wurde bereits vollständig aufgenommen. Die Liquidität zum 30.6.2016 zeigt sich nur leicht verbessert mit 15,4 Mio €, dem Landkreis gehören davon rd. 7 Mio €, das liegt nur leicht über der ohnehin vorzuhaltenden laufenden Liquidität.

## 7. Personalkostenentwicklung:



Die Personalaufwendungen wurden **2016** mit 20,8 Mio € geplant. Diese Planung wird nach den derzeitigen Hochrechnungen auch unter Berücksichtigung der zu bildenden Rückstellungen nicht erreicht. Nach derzeitiger Hochrechnung rechnen wir für 2016 mit Personalkosten von 19,2 Mio €. Dies bedeutet eine Unterschreitung des Planansatzes um 1,6 Mio €.

Der Planansatz ist deshalb so hoch, weil erhebliche Stellenmehrungen berücksichtigt wurden:

Stellenplan 2002		287 Stellen
Stellenplan 2012	+ 7 Stellen	284 Stellen
Stellenplan 2013	+ 5 Stellen	289 Stellen
Stellenplan 2014	+ 2 Stellen	291 Stellen
Stellenplan 2015	+ 11 Stellen (1 Stelle befristet)	301 Stellen
Stellenplan 2016	+ 59 Stellen	360 Stellen

Die Stellen wurden in dem Umfang nicht besetzt, aber auch nicht geplant.

Von den 50 Asylstellen sind bis Ende August 32,4 Stellen besetzt. Diese setzen sich wie folgt zusammen: (12 Stellen Betreuung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (incl. Integrationsbeauftragte, 1 Bildungskordinator für Asyl); 8,4 Stellen: Betreuung unbegleitete Minderjährige; Jobcenter: 1,2 Stellen, Ausländeramt: 1,8 Stellen). Die restlichen 9 Stellen wurden bereits 2015 besetzt.

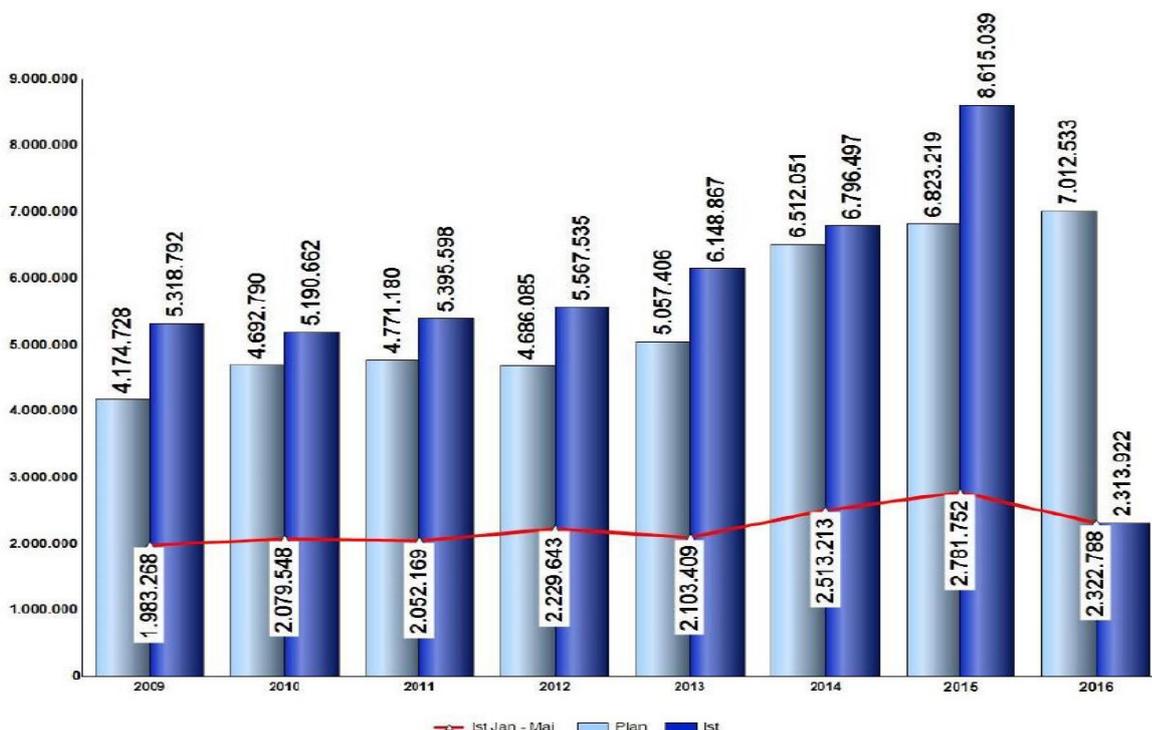
Von den 9 weiteren Stellen (1 Stelle Gesundheitsamt, 1 Stelle Liegenschaftsamt, 1 Stelle HLU-Sachbearbeitung, 1 Stelle Abfallwirtschaft sowie 5 Reservestellen) sind bisher 3 Stellen noch nicht besetzt und zwar 2 Reservestellen, sowie die Stelle in der Abfallwirtschaft.

Zusammen mit den einzuplanenden Tarifsteigerung **für 2017** (ab 01.03.2017 + 2,35% bei den Beschäftigten; bei den Beamten 2 % ganzjährig) ist 2017 ohne Berücksichtigung zusätzlicher Stellen mit einem **Anstieg der Personalkosten um 590.000 € im Vergleich zur derzeitigen Hochrechnung** auf **19,8 Mio €** zu rechnen. Bei einem Vergleich mit der Haushaltsplanung 2016 (20,8 Mio €) bedeutet dies eine Personalkostensenkung um ca. 1 Mio €. für 2017. Bei dieser Prognose sind nur Personalkosten für bereits bekannte und genehmigte Stellenbesetzungen berücksichtigt.

**Die Umsetzung erfolgt innerhalb der einzelnen Eckwerte in denen die Personalkosten enthalten sind.**

## 8. Eckwert Kreis- und Strategieausschuss (KSA):

Die Gesamtausgaben des Kreis- und Strategieausschusses stellen sich wie folgt dar:



Die lineare Betrachtung zeigt folgende Entwicklung:

	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2009	47,51%	1.983.268	5.318.792	127,40%	-27,41%
2010	44,31%	2.079.548	5.190.662	110,61%	-10,61%
2011	43,01%	2.052.169	5.395.598	113,09%	-13,09%
2012	47,58%	2.229.643	5.567.535	118,81%	-18,81%
2013	41,59%	2.103.409	6.148.867	121,58%	-21,58%
2014	38,59%	2.513.213	6.796.497	104,37%	-4,37%
2015	40,77%	2.781.752	8.615.040	126,26%	-26,26%
2016	33,12%	2.322.788	2.313.922	33,19%	

Die Mittelausschöpfung zum Zeitpunkt 31.5. ist die niedrigste seit der Messung. Allerdings wurden im Bereich der Versorgungsbezüge in Höhe von über 200.000 € die sonst üblichen Abschlagszahlungen nicht verbucht. Der Planansatz wurde nur leicht erhöht. Vom IST des Jahres 2015 ist ein einmaliger Betrag von 1,7 Mio € abzuziehen, denn dies ist ein Einmaleffekt aus der Überweisung eines Zuschusses aus zusätzlichen Schlüsselzuweisungen an die Kreisklinik. Das bereinigte Ergebnis 2015 beträgt demnach gut 6,9 Mio €. Die Einhaltung der Planung 2016 ist möglich auch wenn diese nur knapp 100.000 € über dem IST des Jahres 2015 liegt. Evtl. Auswirkungen von Aktivierungen an der Kreisklinik können in der Gesamtbetrachtung des Haushalts 2016 vernachlässigt werden.

Das Budget muss vor allem wegen der Bezuschussung der Kreisklinik ansteigen, 2016 werden 13,1 Mio € Zuschüsse ausgereicht. Vorsorglich muss hier für die Abschreibung mindestens ein Betrag in Höhe von 400.000 € zusätzlich eingeplant werden. Die genaue Höhe hängt sowohl vom Aktivierungszeitpunkt der Baumaßnahmen als auch von der Laufzeit der AfA ab, der für den Eckwert mit 30 Jahren angenommen wird. Wegen der vielen Stellenveränderungen und -zuwächse musste im Personalservice Personal erhöht werden, ebenso in der Kasse wegen massivem Bar-Zahlungsverkehr und 10 zusätzlicher Barkassen. Die lange nicht besetzten Stellen in der EDV konnten nun auch endlich wieder besetzt werden.

Zusammenfassend wird eine Erhöhung des Teilbudgets des Kreis- und Strategieausschusses um 437.467 € bzw. 6,2 % gegenüber der Planung 2016 vorgeschlagen.

	Plan 2016	Eckwertevorschlag Sachgebiete 2017	Eckwertevorschlag Finanzmanagement	Abweichung zum Plan 2016
KSA	7.012.533	Einige Bereiche gehen von einem leichtem Anstieg wg. Personalkosten aus, höchste Steigerungen bei der Kreisklinik	7.450.000	+ 437.467

## 9. Eckwert Jugendhilfeausschuss (JHA)

Die Gesamtausgaben des Jugendhilfeausschusses stellen sich wie folgt dar:



Die lineare Betrachtung zeigt folgende Entwicklung:

	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2009	37,12%	3.767.895	9.920.253	97,74%	2,26%
2010	35,82%	3.724.996	9.929.756	95,48%	4,52%
2011	42,35%	4.195.475	10.578.060	106,77%	-6,77%
2012	41,33%	4.304.841	10.430.677	100,14%	-0,14%
2013	38,71%	4.178.276	10.896.900	100,95%	-0,95%
2014	42,84%	4.841.599	11.762.001	104,08%	-4,08%
2015	41,00%	4.959.463	12.028.254	99,44%	0,56%
2016	46,06%	6.296.755	6.563.642	48,02%	51,98%

Die im Vorjahr befürchtete Entwicklung trat nicht ein. Die Steigerung von IST 2014 auf IST 2015 betrug 266.253 € bzw. 2,3 %. Das Budget des Jugendamtes wurde 2016 gegenüber dem IST 2015 um 1,64 Mio € erhöht. Bereits im Abschlussbericht 2015 wurde eine deutliche Budgetunterschreitung in Höhe von 1,4 Mio € prognostiziert. Die Einrichtungen für die unbegleiteten minderjährigen Asylbewerber können weitgehend kostendeckend kalkuliert werden.

Es wird prognostiziert, dass das Teilbudget des Jugendhilfeausschusses 2016 um bis zu 1,5 Mio € (derzeitige Hochrechnung 1,25 Mio €) bzw. 9 % **unterschritten** wird.

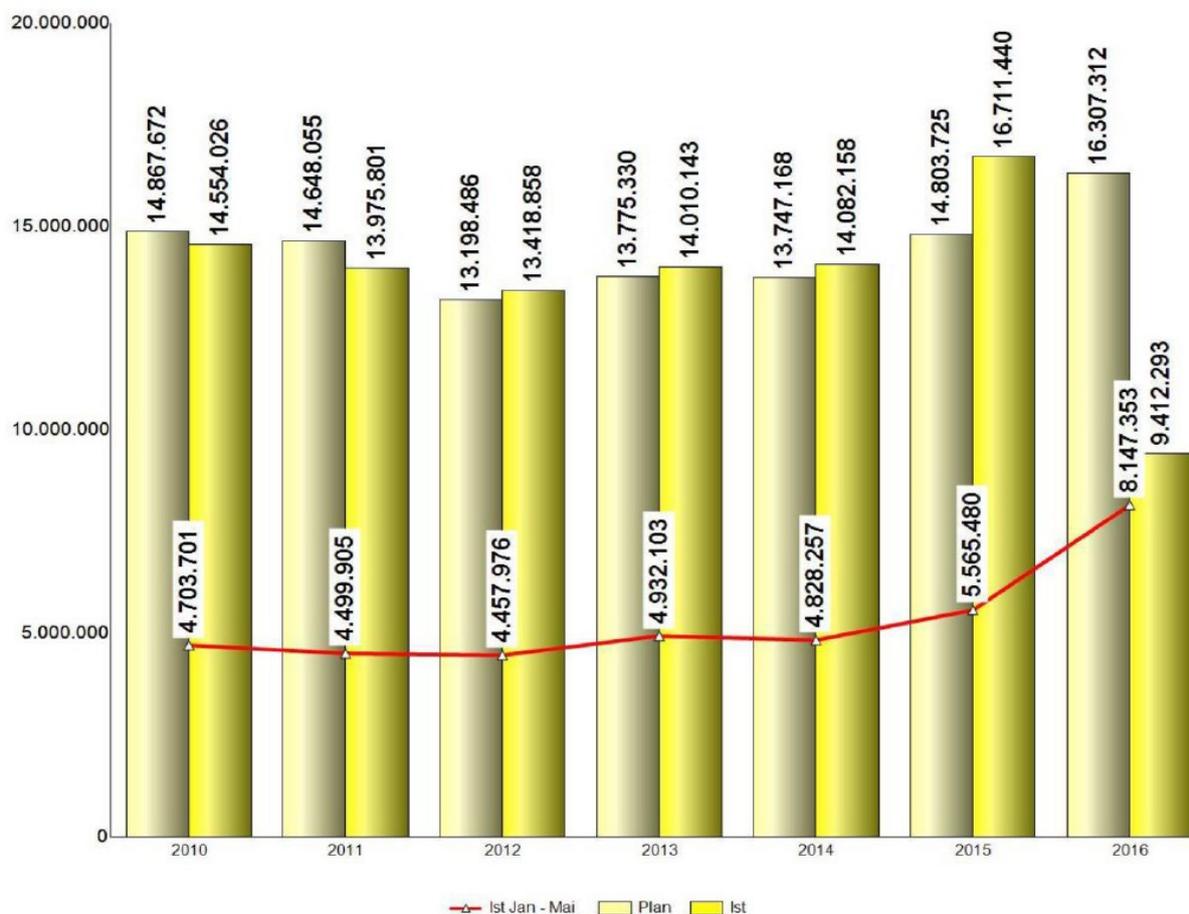
Das Jugendamt schlägt den Eckwert für 2017 mit 12.850.000 € vor. Gelänge es, ausgehend vom IST des Jahres 2015 wiederum mit einer Steigerung von 2,3 % auszukommen, könnte der Eckwert auf 12.600.000 € festgesetzt werden. Weil das angesichts der Herausforderungen steigender Kosten pro Fall sehr anspruchsvoll ist, wird vom Finanzmanagement ein Aufrunden dieses Betrages um 112.000 € vorgeschlagen.

Zusammenfassend wird eine Reduzierung des Teilbudgets um 970.131 € bzw. 7,1 % gegenüber der Planung 2016 vorgeschlagen.

	<b>Plan 2016</b>	<b>Eckwertevorschlag Jugendamt 2017</b>	<b>Eckwertevorschlag Finanzmanagement/ 2017</b>	<b>Abweichung zum Plan 2016</b>
<b>JHA</b>	<b>13.670.131</b>	<b>12.850.000</b>	<b>12.700.000</b>	<b>- 970.131</b>

## 10. Eckwert SFB-Ausschuss

Die Gesamtausgaben des SFB-Ausschusses (Fachbereiche 040 und Schulen 045) stellen sich wie folgt dar:



Die lineare Betrachtung zeigt folgende Entwicklung:

	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2009	30,07%	4.341.199	14.736.737	102,07%	-2,07%
2010	31,64%	4.703.701	14.554.026	97,89%	2,11%
2011	30,72%	4.499.905	13.975.801	95,41%	4,59%
2012	33,78%	4.457.976	13.418.858	101,67%	-1,67%
2013	35,80%	4.932.103	14.010.143	101,70%	-1,71%
2014	35,12%	4.828.257	14.082.158	102,44%	-2,44%
2015	37,60%	5.565.480	16.711.440	112,89%	-12,89%
2016	49,96%	8.147.353	9.412.293	57,73%	42,27%

Die Planausschöpfung lag noch nie so hoch und dies, obwohl der Planansatz 2016 gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Mio € erhöht wurde. Damit wurden schon 50 % des Planansatzes nach 5 Monaten Haushaltsvollzug ausgeschöpft.

Asyl: Das Sachgebiet geht davon aus, dass der Ansatz 2016 voraussichtlich gehalten werden kann. Dies ergibt sich letztendlich aus der aktuellen Zugangssituation. Sofern es aber im zwei-

ten Halbjahr wieder Zuweisungen in die Landkreise zur dezentralen Unterbringung geben wird, wird das auch Auswirkungen auf das Jahresergebnis haben.

2017 wird derzeit keine Steigerung angegeben – dies setzt voraus, dass es keine weiteren Zuweisungen gibt.

Folgende Veränderungen sind im Teilbudget zu beobachten:

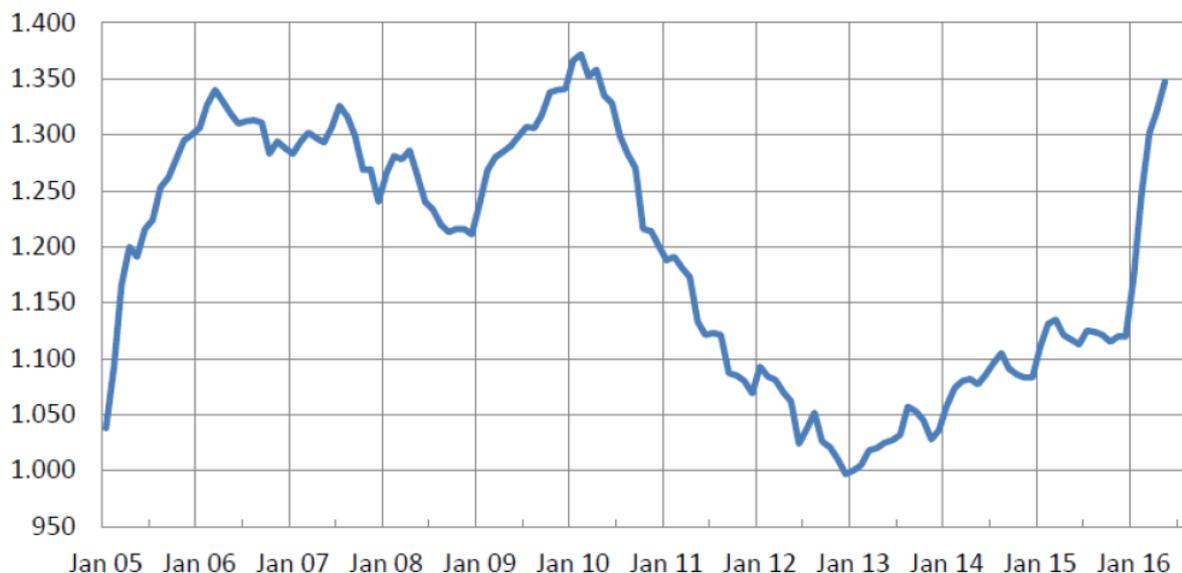
### Soziale Fachstellen – (203)

	IST 2014	IST 2015	Plan 2016	Steigerung IST 2014 – Plan 2016
2020: Gleichstellungsbeauftragte	22.666	32.832	41.790	19.124
2030: Familienbeauftragte	7.932	50.074	89.061	81.129
2040: Bildungsregion	8.171	22.785	86.580	78.409
2050: Sozial- und Jugendhilfeplanung	64.599	52.760	33.707	-30.892
2060: Inklusion	8.996	4.171	21.100	12.104
2070: Ehrenamt	0	57.524	42.980	42.980
2080: Seniorenbeauftragte	0	40.011	42.430	42.430
2090: Integrationsbeauftragte	0	29.552	43.970	43.970
<b>Summe Fachstellen</b>	<b>112.364</b>	<b>289.709</b>	<b>401.618</b>	<b>289.254</b>
Restkosten 203 (ohne Kostenträger)	11.537	221.930	277.638	266.101
<b>Summe Kostenstelle 203</b>	<b>123.901</b>	<b>511.639</b>	<b>679.256</b>	<b>+ 555.355</b>
Kostenstelle 204 – Beschulung/ Ausbildung Asyl mit den Kostenträgern 2041 – 2045: Beschulung Asyl Schloss Zinneberg, Erding, Wasserburg, Berufliche Integration uM, Verwaltungsangelegenheiten Beschulung Asyl	0	-2.144	71.500	

Innerhalb von 2 Jahren stiegen die Kosten in diesem Bereich um über eine halbe Million €. Für 2017 wird ein moderater Mehrbedarf von 11.000 € für die Fachstellen geltend gemacht. Die Kosten für die Beschulung Asyl sollen allerdings um 100.000 € steigen.

### Jobcenter Ebersberg (250):

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften (BG) steigt seit 1 Jahr rasant an:



Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften (BG) sank bis Dezember 2012 auf einen historischen Tiefststand von 997 BG's, danach stieg sie kontinuierlich an. Ab 2016 nimmt die Steigerung eine hohe Dynamik an vor allem durch den Zuwachs an Asylberechtigten. Im Februar 2016 waren **1.245** Bedarfsgemeinschaften registriert, der vorläufige Mai-Wert beträgt 1.347 BG's und liegt damit um 114 BG's höher als 3 Monate zuvor.

Die der Planung 2016 zugrunde gelegten 1.320 BG's (Reduzierung durch Finanzmanagement) stellen sich aus heutiger Sicht als zu optimistisch dar. Nimmt man eine abgeschwächte monatliche Steigerung um 50 BG's an, so ist von durchschnittlich **1.435 BG's** auszugehen. Allerdings bleibt abzuwarten, wie sich die Geschwindigkeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bei den Bescheiden entwickelt. Dementsprechend unsicher ist hier die Vorhersage. Der bisherige Durchschnitt der ersten 5 Monate (inklusive vorläufige Daten) beläuft sich bereits auf 1.277 BG's – Tendenz monatlich steigend.

### Kosten der Unterkunft:

Der Landkreis Ebersberg wendete 2015 6,0 Mio € für Unterkunftskosten der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II auf. Dies ist mit Abstand das teuerste Produkt im Kreishaushalt.

Die Entwicklung der Mietkosten bereitet große Sorgen. Tabellarisch entwickelten sich die Kosten der Unterkunft wie folgt:

	KdU absolut	KdU pro BG	Veränderung in %
01-05/2012	2.092.568,94	388,29	
01-05/2013	2.106.566,00	415,74	7,1%
01-05/2014	2.294.905,38	427,31	2,8%
01-05/2015	2.395.391,21	426,55	-0,2%
01-05/2016	2.518.121,03	394,48	-7,5%

Grund für den großen Rückgang der KdU pro Bedarfsgemeinschaft ist der erhebliche Anstieg der BG's durch anerkannte Asylbewerber, die **noch** als Fehlbeleger in den Gemeinschaftsunterkünften leben und **noch** keine Unterkunftskosten verursachen. Bei der Prognose wurde nun folgendes kalkuliert:

- die Anhebung der Mietpreisobergrenzen zum 1.04.2016 und ein daraus resultieren-des Jahresmittel von 438 €/ BG.
- eine „Überführung“ der Asylberechtigten ab Juni von 25 Personen / Monat aus den staatl. Unterkünften in eine Wohnung.

Auf dieser Basis ergibt sich bei 1.435 BG's eine KdU-Prognose in Höhe von 7.537.000 € und damit eine **Überschreitung des Ansatzes um 186.000 €**.

Für das Jahr 2017 plant das Jobcenter einen weiteren Anstieg auf 1.810 Bedarfsgemeinschaften, was einen **Mehrbedarf gegenüber der Planung 2016 um 1,2 Mio €** auslösen würde.

### **Bereich Bundesteilhabegesetz – 5 Milliarden Kommunalentlastung:**

2017 wird die erste Milliarde um 1,5 Milliarden aufgestockt, die Verteilung erfolgt über eine höhere Beteiligung des Bundes an der KdU und über eine Erhöhung der gemeindlichen Umsatzsteuerbeteiligung. Wie sich das in Zahlen für den Haushalt 2017 des Landkreises und der Gemeinden auswirken wird, wurde noch nicht mitgeteilt. Fakt ist, dass der Bezirk, der die Aufwendungen der Eingliederungshilfe in vollem Umfang trägt, nicht entlastet wird. In der Folge werden dort die Kosten steigen. Dieser Mehrbedarf wird von den Landkreisen über die Bezirksumlage zu finanzieren sein. Für 2017 wurde aber wegen der steigenden Umlagekraft noch keine Erhöhung der Bezirksumlage eingerechnet.

In den nächsten Jahren müssen die Gemeinden diese Entlastung über höhere Kreisumlagen an den Landkreis abführen und dieser wiederum an den Bezirk über höhere Bezirksumlagen. Erhöhungen der Kreis- und Bezirksumlagen sind mit dieser Verteilungssystematik vorprogrammiert!

### **Schulen:**

Für die Ganztagesbetreuung wird ein Mehrbedarf durch zusätzliche Klassen von knapp 60.000 € entstehen, im Übrigen werden sich die Steigerungen nicht signifikant auf den Eckwert auswirken.

### **Empfehlung Finanzmanagement:**

Das Finanzmanagement folgt der Prognose des Jobcenters für 2016 nicht und geht von einer Einhaltung des Ansatzes aus. Dies vor dem Hintergrund, dass die Verweildauer der anerkannten Asylberechtigten in den staatlichen Unterkünften länger eingeschätzt wird als vom Jobcenter prognostiziert. Am 16.6.2016 hat der Bund zugesagt, befristet für 3 Jahre (2016 bis 2018) seine Bundesbeteiligung an den flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft auf 100 Prozent zu erhöhen. Dadurch verbessert sich die Finanzsituation gravierend denn die flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft werden im Kreishaushalt durch entsprechende Erträge gegenfinanziert. Die Entwicklung des Eckwertes muss also „nur“ die steigenden Mietkosten berücksichtigen.

sichtigen. Es wird empfohlen, diese im Eckwert mit 20 € / BG auf Basis von 1.200 BG´s (ohne Asyl) zu berücksichtigen, was eine **Anhebung des Eckwerts um 288.000 €** bedeuten würde.

Zusammenfassung der Steigerungen:

Jobcenter: + 288.000 €

Soziale Fachstellen / Beschulung Asyl: + 111.000 €

Zusätzliche Ganztagsklassen: + 60.000 €

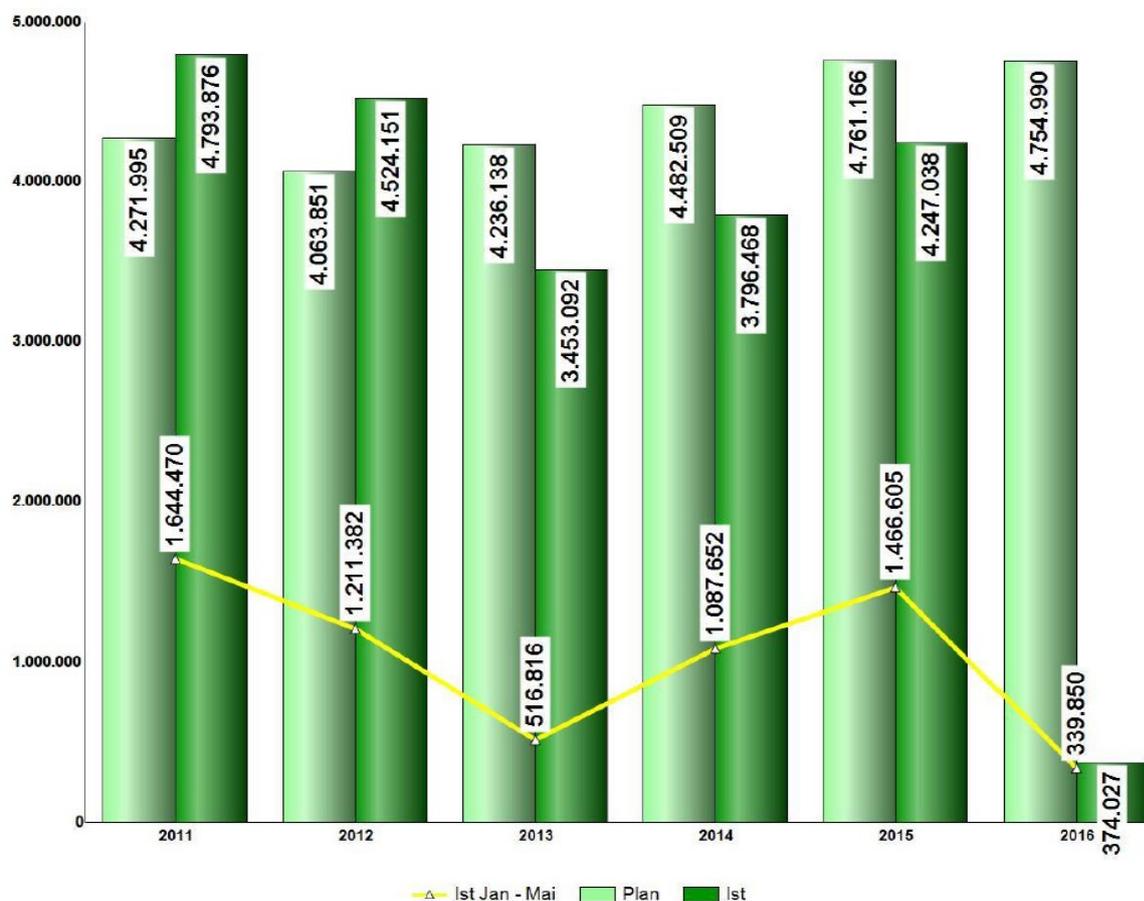
Das ergäbe eine Summe in Höhe von 459.000 €.

Zusammenfassend wird eine Erhöhung des Teilbudgets um 471.755 € bzw. 2,7 % gegenüber der Planung 2016 vorgeschlagen.

	<b>Plan 2016</b>	<b>Eckwertevorschlag Sachgebiete 2017</b>	<b>Eckwertevorschlag Finanzmanagement 2017</b>	<b>Abweichung zum Planansatz 2016</b>
<b>SFB</b>	<b>17.528.245</b>	<b>18.800.000 zuzüglich allg. kleinere Steigerungen</b>	<b>18.000.000</b>	<b>+ 471.755 €</b>

## 11. Eckwert ULV-Ausschuss

Die Gesamtausgaben des ULV-Ausschusses stellen sich wie folgt dar:



Die lineare Betrachtung der vier Vergleichsjahre führt zu folgendem Ergebnis:

	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2009	29,04%	1.275.455	3.694.714	84,11%	15,89%
2010	26,89%	1.182.994	3.802.136	86,42%	13,58%
2011	38,49%	1.644.470	4.793.876	112,22%	-12,22%
2012	29,81%	1.211.382	4.524.151	111,33%	-11,33%
2013	12,20%	516.816	3.453.092	81,52%	18,49%
2014	24,26%	1.087.652	3.796.468	84,70%	15,31%
2015	30,80%	1.466.605	4.247.038	89,24%	10,76%
2016	7,15%	339.850	374.027	8,86%	91,14%

Der Ausschöpfungsgrad war noch nie so niedrig. Bei der Schülerbeförderung gab es eine hohe Erstattung (700.000 €), die sich zu diesem Zeitpunkt auswirkt. Die Schwankungen in diesem Teilbudget sind oft erheblich.

Folgende Veränderungen sind im Teilbudget zu beobachten:

Der **ÖPNV** und die **Schülerbeförderung** sind abhängig von den Entscheidungen des ULV-Ausschusses zur Fahrplangestaltung im nächsten Jahr. Diese Diskussionen finden am

20.07.2016 statt. Im Bereich des ÖPNV zeichnet sich ein **Mehrbedarf von 70.000 €** ab. Die Schülerbeförderung kann nach derzeitiger Kenntnislage stabil gehalten werden.

Der Bereich der **Kreisstraßen** wird 2017 einigermaßen stabil gehalten werden können.

Die untere Naturschutzbehörde macht einen **Mehrbedarf in Höhe von 92.000 €** geltend, was vor allem auf Personalerhöhung zurückzuführen ist.

Im **Denkmalschutz** (Sachgebiet 41) wird eine zusätzliche Halbtagsstelle beantragt, was einen **Mehrbedarf von ca. 25.000 €** zur Folge haben wird.

Im **Bauamt** wird ebenfalls eine zusätzliche Ganztagsstelle für Verwaltungstätigkeiten zu schaffen sein, was zu **Mehrkosten von ca. 50.000 €** führt. Die stark steigenden Fallzahlen sind nicht mehr zu bewältigen, die Überstundensituation hat ein nicht mehr zu vertretendes Ausmaß angenommen.

Der Bereich **Wirtschaftsförderung / Regionalmanagement** macht einen **Mehrbedarf in Höhe von 25.000 €** geltend. Es handelt sich dabei um Druck- und Planungskosten für verschiedene Projekte und im die Cofinanzierung eines Carsharingmanagers.

Die Forderungen der Sachgebiete belaufen sich damit auf einen **Mehrbedarf von 262.000 €**.

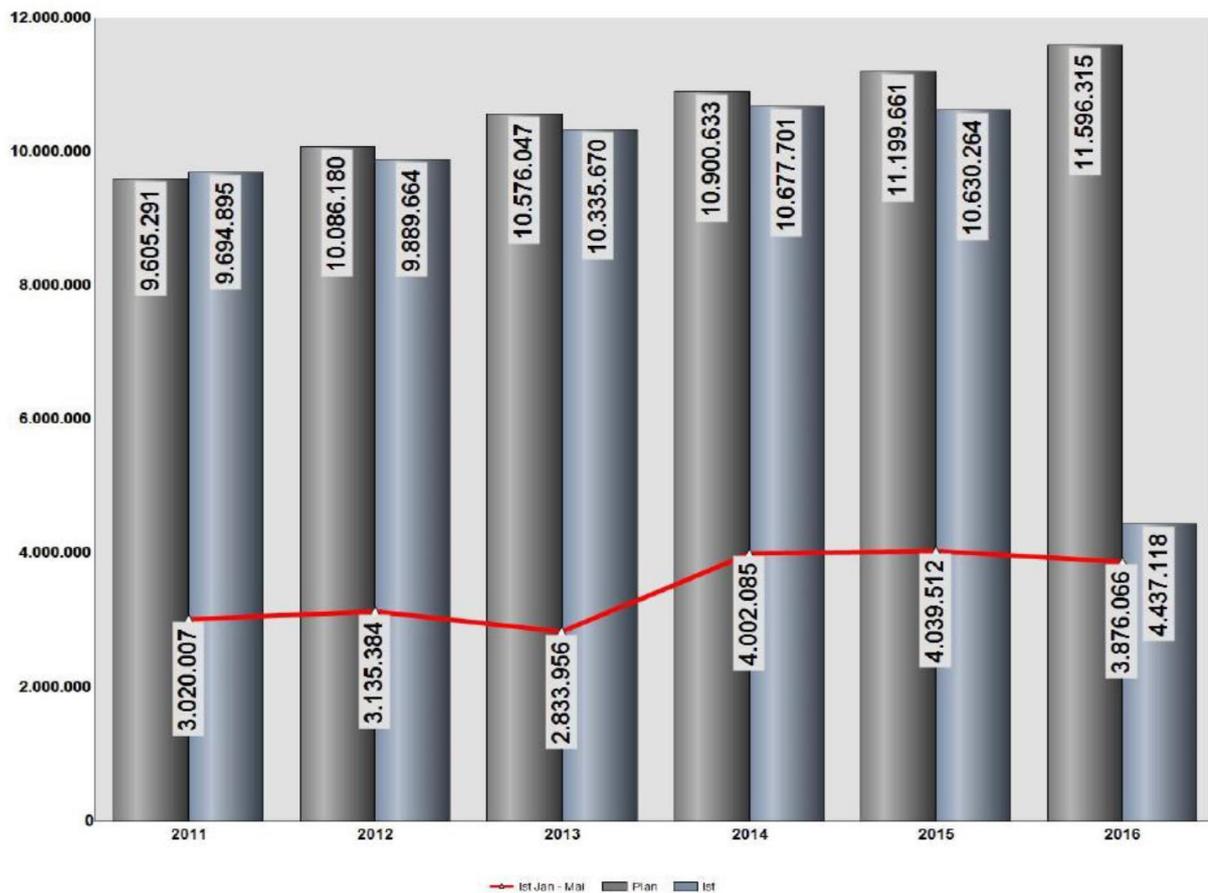
Zusammenfassend wird vom Finanzmanagement vorgeschlagen, den Eckwert auf eine Steigerung um 150.000 € gegenüber der Planung 2016 zu begrenzen, das sind 3,0 %. Damit können nicht alle Anforderungen der Fachbereiche erfüllt werden. Die Haushaltsplanung wird zeigen, was „machbar“ ist.

Zusammenfassung Teilbudget ULV:

	Plan 2016	Eckwertevorschlag Sachgebiete 2017	Eckwertevorschlag Finanzmanagement/ 2017	Abweichung zum Plan 2016
ULV	4.754.990	5.000.000 (dargestellt Erhöhungen zuzüglich pauschal beantragte Erhöhungen)	4.900.000	+ 145.010

## 12. Eckwert LSV-Ausschuss

Die Gesamtausgaben des LSV-Ausschusses stellen sich wie folgt dar:



Die lineare Betrachtung führt zu folgendem Ergebnis:

	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2009	21,40%	2.240.827	10.800.971	103,13%	-3,13%
2010	27,18%	2.600.731	8.014.416	83,76%	16,24%
2011	31,44%	3.020.007	9.694.895	100,93%	-0,93%
2012	31,09%	3.135.384	9.889.664	98,05%	1,95%
2013	26,80%	2.833.956	10.335.670	97,73%	2,27%
2014	36,71%	4.002.085	10.677.701	97,95%	2,05%
2015	36,07%	4.039.512	10.630.264	95,02%	4,98%
2016	33,43%	3.876.066	4.437.118	38,28%	

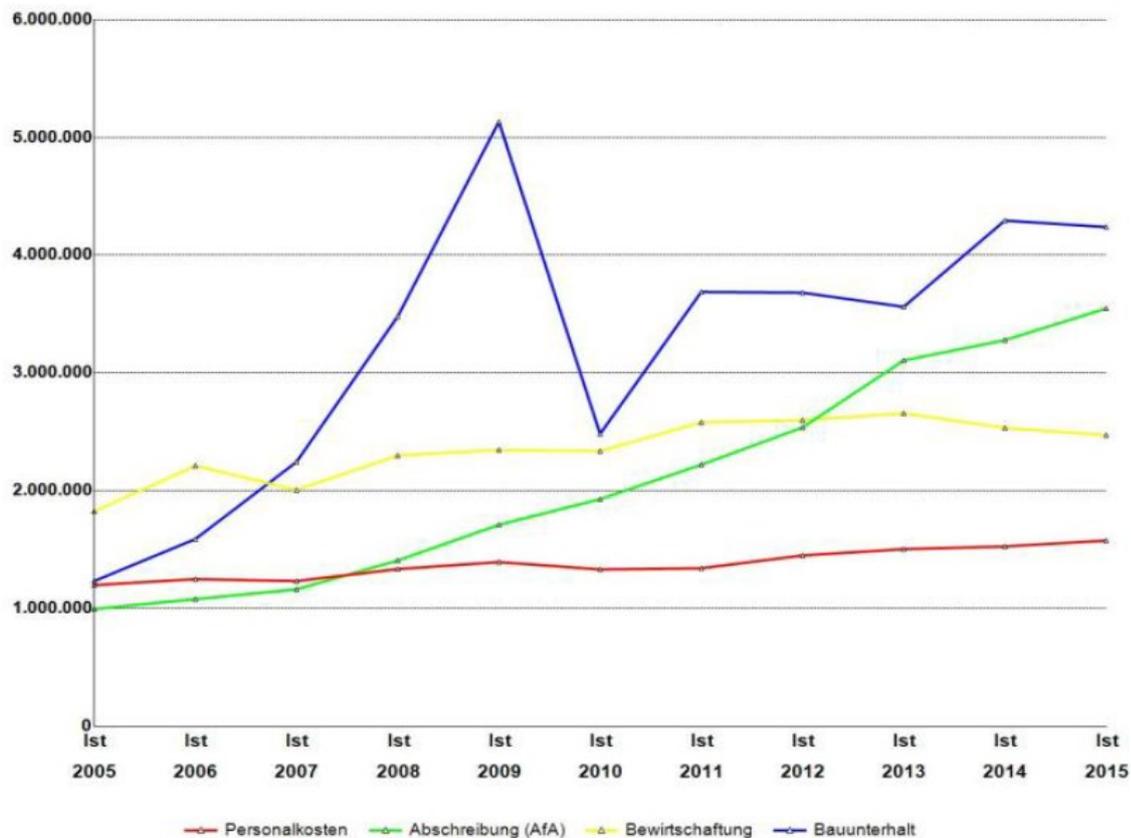
Der Stand des Mittelabflusses ist 2016 geringer als in den beiden Vorjahren. In allen Vorjahren wurde das Planbudget eingehalten. Das Liegenschaftsamt geht davon aus, dass die Planmittel 2016 ausgeschöpft werden. Es liegen derzeit keine Erkenntnisse für größere Abweichungen vor.

### Brand- und Katastrophenschutz (331):

Die Kosten für die integrierte Leitstelle werden sich nicht signifikant ändern.

## Liegenschaftsamt (941 bis 999):

Die nachfolgende Grafik zeigt die großen Aufwandsarten im Überblick:



	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
	Ist	Plan	Ist									
Personalkosten	1.197.406	1.247.879	1.231.585	1.333.461	1.392.993	1.330.433	1.340.370	1.448.899	1.502.766	1.525.315	1.577.920	1.575.640
Abschreibung (AfA)	993.463	1.078.584	1.160.720	1.406.080	1.709.334	1.926.985	2.219.882	2.535.885	3.105.371	3.277.931	3.505.904	3.546.303
Bewirtschaftung	1.822.523	2.211.276	2.004.996	2.297.804	2.345.554	2.335.267	2.579.933	2.597.338	2.656.868	2.532.361	2.812.168	2.471.325
Bauunterhalt	1.231.068	1.588.142	2.243.316	3.478.502	5.132.435	2.481.213	3.687.107	3.680.719	3.560.683	4.293.566	4.016.330	4.238.330

Alle Positionen haben eine steigende Tendenz mit Ausnahme der Bewirtschaftungskosten, die sich gegenüber dem Vorjahr rückläufig zeigten, was sowohl am milden Winter als auch an den deutlich nachlassenden Energiekosten lag.

Die Abschreibungen erhöhen sich abgeflacht weiter, weil die Investitionstätigkeit insgesamt auf nicht mehr so hohem Niveau stattfindet wie in den Jahren 2012 und 2013.

Aus der Sicht der Liegenschaftsverwaltung soll der Eckwert mit 11.700.000 € auf der Höhe des Vorjahres liegen. Durch die Entlastung bei den Bewirtschaftungskosten verbleibt ein höherer Anteil für den Bauunterhalt.

Das Finanzmanagement kann mit diesem Vorschlag mitgehen, weist aber darauf hin, dass im Vorjahr Mittel in Höhe von 569.398 € nicht verwendet wurden. Insofern wird eine Absenkung des Eckwertes um 200.000 € ebenfalls für möglich erachtet, ohne den Bereich des Bauunterhalts dadurch einzuschränken.

Der Eckwert des LSV-Ausschusses wird vom Finanzmanagement mit **11.500.000 €** vorgeschlagen, das ist eine Reduzierung gegenüber dem Vorjahr um 200.000 € bzw. 0,8 %.

Zusammenfassung Teilbudget LSV:

	Plan 2016	Eckwertevorschlag Sachgebiet 2017	Eckwertevorschlag Finanzmanagement 2017	Abweichung zum Plan 2016
<b>LSV</b>	<b>11.596.315</b>	<b>11.700.000</b>	<b>11.500.000</b>	<b>- 96.315</b>

#### **Beratungen im Kreis- und Strategieausschuss am 11.7.2016:**

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 14.12.2015 im Rahmen der Verabschiedung des Haushalts 2016 folgenden Beschluss gefasst:

*Der Kreistag wird bis zu seiner Sitzung am 25.07.2016 anhand des dann vorliegenden Zwischenberichtes zur Finanzlage über eine mögliche Senkung der Kreisumlage beraten.*

Die Zwischenberichte liegen – mit Ausnahme des ULV-Ausschusses inzwischen vor. Sie zeigen folgendes auf:

**Kreis- und Strategieausschuss:** Planeinhaltung, allerdings Risiko in Höhe von rd. 250.000 € wegen der noch nicht berechneten Auswirkungen der Bezuschussung der Kreisklinik. So-wohl Aktivierungszeitpunkte als auch AfA-Laufzeiten sind noch nicht abschließend verhandelt.

**Jugendhilfeausschuss:** Einsparung zwischen 1 Mio und 1,5 Mio €

**SFB-Ausschuss:** Große Unsicherheit wegen Asyl, sollte es 2016 keine weiteren Zuweisungen geben wird der Plan ausreichen.

**LSV-Ausschuss:** Es könnte sein, dass die zur Verfügung gestellten Mittel nicht vollständig „verbaut“ werden können, was aber nicht gut ist, weil es nur zu einem erhöhten Instandhaltungsrückstand führt. Ziel muss hier sein, dass die Mittel auch tatsächlich abfließen.

**ULV-Ausschuss:** Bericht liegt noch nicht vor – es gibt aber keine Anzeichen, dass die Planmittel nicht ausreichen könnten.

**Personalkosten:** Es wird deutliche Unterschreitungen bis zu 1,5 Mio € geben, was damit zu tun hat, dass die neuen Stellen langsamer besetzt werden können als geplant. Teilweise können Stellen über Monate überhaupt nicht besetzt werden. Die Entlastung der Personalkosten ist aber in den Teilhaushalten enthalten.

**Grunderwerbssteuer:** sie liegt derzeit hinter der Planerwartung um 200.000 € zurück obwohl der Haushaltsansatz um 500.000 € reduziert wurde.

**Zusammenfassung:**

Alle Indizien sprechen derzeit dafür, dass das geplante Ergebnis um 1 – 2 Mio € verbessert eintreten könnte. Asyl ist ein relativ hohes Risiko, die Planungsqualität insgesamt ist durch dieses Thema unsicherer als in den Vorjahren.

**Bewertung des Finanzmanagements im Hinblick auf eine Senkung der Kreisumlage:**

Vom Finanzmanagement wird von einer Senkung der Kreisumlage aus folgenden Gründen abgeraten:

1. Die Prognosegenauigkeit ist mit der Unsicherheit Asyl belastet
2. Höhere Ergebnisüberschüsse führen zu niedrigerer Verschuldung, damit ist die Einhaltung der Finanzleitlinie des Kreistags leichter sichergestellt.
3. Mittelfristig stehen beachtliche Investitions Herausforderungen an.
4. Ein Nachtragshaushalt könnte frühestens im Oktober beschlossen werden und 2 Monate später wird bereits die Kreisumlage für 2017 festgesetzt. Das bedeutet, dass ein verbessertes Ergebnis auch dort berücksichtigt werden könnte.

Der Kreis- und Strategieausschuss hat sich einstimmig für die Eckwertevorschläge ausgesprochen und auch für den Verzicht auf einen Nachtragshaushalt 2016.

**Zusammenfassung und Auswirkungen auf den Haushalt:**

In der Zusammenfassung ergeben sich folgende Eckwertevorschläge für die Fachausschüsse:

	Plan 2016	Eckwerte 2016	Eckwertevorschlag 2017	Veränderung in % zum Eckwert 2016	Veränderung in % zum Plan 16
Kreis- und Strategieausschuss (KSA)	7.012.534	7.000.000	7.450.000	+ 6,4 %	+ 6,2 %
Jugendhilfeausschuss	13.670.131	12.700.000	12.700.000	+ / - 0	- 7,1 %
SFB-Ausschuss	17.528.245	16.900.000	18.000.000	+ 6,5 %	+ 2,7 %
ULV-Ausschuss	4.754.990	4.900.000	4.900.000	+ / - 0	+ 3,0 %
LSV-Ausschuss	11.596.315	11.700.000	11.500.000	- 1,7 %	- 0,8 %
<b>Summe</b>	<b>54.562.215</b>	<b>53.200.000</b>	<b>54.550.000</b>	<b>+ 2,5 %</b>	<b>+ / - 0,0</b>

Damit würden sich die Eckwerte gegenüber dem Vorjahr um 1,35 Mio € (2,5 %) erhöhen und gegenüber der Planung 2016 unverändert bleiben. 1,1 Mio € Steigerung weist allein der SFB-Ausschuss auf. Entlastend wirkt sich der stabile Eckwert des Jugendhilfeausschusses aus.

Sollte es gelingen die Eckwerte in der Planung umzusetzen, würde dies die Steuerungsmöglichkeiten des Kreishaushalts insgesamt **stärken**. Dies deshalb, weil aus dem Umlagekraftzu-

wachs bei gleichbleibender Kreisumlage ein Plus von bis zu 2,4 Mio € erwartet wird, die Eckwerte gegenüber der Haushaltsplanung 2016 aber nicht erhöht werden.

Eine Erhöhung der Kreisumlagenpunkte ist nicht zu befürchten. Falls die „großen Rahmenbedingungen“, wie insbesondere die Bezirksumlage und die Schlüsselzuweisungen im kalkulierten Bereich bleiben, ist eine Senkung möglich. Der Bereich Asyl darf ebenfalls als Risikofaktor nicht außer Acht bleiben. Der in der Finanzplanung abgebildete Ergebnisüberschuss von 8,8 Mio € kann ebenfalls dargestellt werden.

## **II. Beschlussvorschlag:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

- Für die Haushaltsberatungen 2017 werden den Fachausschüssen folgende Eckwerte vorgegeben:**

	<b>Plan 2016</b>	<b>Eckwert 2017</b>
<b>Kreis- und Strategieausschuss (KSA)</b>	<b>7.012.534</b>	<b>7.450.000</b>
<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>13.670.131</b>	<b>12.700.000</b>
<b>SFB-Ausschuss</b>	<b>17.528.245</b>	<b>18.000.000</b>
<b>ULV-Ausschuss</b>	<b>4.754.990</b>	<b>4.900.000</b>
<b>LSV-Ausschuss</b>	<b>11.596.315</b>	<b>11.500.000</b>
<b>Summe</b>	<b>54.562.215</b>	<b>54.550.000</b>

**Die Summe der Eckwerte für die Fachausschüsse beträgt 54.550.000 €. Die Summe der zur Verfügung gestellten Finanzmasse bleibt gegenüber der Planung 2016 unverändert.**

**Die Fachausschüsse werden aufgefordert bei der Haushaltsplanung 2017 diese Eckwerte einzuhalten.**

- Ein Nachtragshaushalt 2016 wird nicht erstellt.**

gez.

Robert Niedergesäß  
Landrat

gez.

Brigitte Keller  
Abteilungsleiterin Finanzen,  
Wirtschaft, Büro Landrat